



AUSGABE 124
Juni 2013

ANALYSEN & ARGUMENTE

Wo steht Deutschland?

WIRTSCHAFT, ARBEITSMARKT, LEBENS- UND DEMOKRATIE-
ZUFRIEDENHEIT IM FRÜHJAHR 2013

Karsten Grabow | Nico Lange

Deutschland geht es gut. Die zahlreichen öffentlichen und medialen Debatten über Stillstand, Verfall, drohende Verarmung und zunehmende Spaltung entbehren sachlicher Grundlagen. Deutschland hat weder ein massenhaftes Armutproblem noch droht die soziale Spaltung und es grassieren nicht Hoffnungslosigkeit und weit verbreitete Abstiegsängste. Die deutsche Wirtschaft ist seit 2005 kontinuierlich und stärker gewachsen als die der Nachbarländer. Das Haushaltsdefizit wurde deutlich gesenkt. Die deutsche Wirtschaft ist intakt und auf dem Arbeitsmarkt ist die Lage so gut wie selten zuvor. Seit 2005 ist der Bevölkerungsanteil, der mit dem Funktionieren der Demokratie zufrieden ist, gegen den europäischen Trend gestiegen. Die überwiegende Mehrheit der Bundesbürger bewertet die allgemeine wirtschaftliche und ihre eigene Lebenslage positiv.

Ansprechpartner in der Konrad-Adenauer-Stiftung

Dr. habil. Karsten Grabow
Koordinator für Politikanalysen und Parteienforschung, Team Innenpolitik
Hauptabteilung Politik und Beratung
Telefon: +49(0)30 2 69 96-32 46
E-Mail: karsten.grabow@kas.de

Nico Lange
Leiter Team Innenpolitik
Stellv. Leiter der Hauptabteilung Politik und Beratung
Telefon: +49(0)30 2 69 96-35 94
E-Mail: nico.lange@kas.de

Postanschrift

Konrad-Adenauer-Stiftung, 10907 Berlin

www.kas.de
publikationen@kas.de

ISBN 978-3-944015-75-0



Konrad
Adenauer
Stiftung



INHALT

3 | 1. EINLEITUNG

3 | 2. WIRTSCHAFT, WACHSTUM UND ÖFFENTLICHE FINANZEN

4 | 3. BESCHÄFTIGUNGSENTWICKLUNG

5 | 4. SOZIALE LAGE

6 | 5. LEBENS- UND DEMOKRATIEZUFRIEDENHEIT

7 | 6. SCHLUSS

7 | QUELLENVERZEICHNIS



1. EINLEITUNG

In den deutschen Medien und der Öffentlichkeit ist vieles über die vermeintliche schlechte wirtschaftliche und soziale Lage in Deutschland zu hören. Vielfach wird von Stillstand, Verfall und drohender Verarmung bis hinein in die Mitte der Gesellschaft sowie zunehmender sozialer Spaltung des Landes gesprochen.

Dieses Papier setzt sich mit diesen Behauptungen auseinander. Die Veränderungen zentraler wirtschaftlicher und sozialer Indikatoren seit dem Regierungswechsel im Jahr 2005 sollen dabei im Mittelpunkt stehen. Es werden die wirtschaftliche Dynamik, der Zustand des Bundeshaushalts, die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt zum einen, die soziale Lage unter dem Gesichtspunkt der Armutsentwicklung zum anderen und schließlich die Beurteilung der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Lage durch die Bürgerinnen und Bürger selbst näher untersucht. Zur besseren Einordnung der Befunde wirft das Papier auch einen Blick auf Veränderungen derselben Wirtschafts- und Arbeitsmarktindikatoren in vergleichbaren westlichen EU-Nachbarländern.

Träfen die eingangs erwähnten medialen und öffentlichen Analysen zu, dann müssten seit 2005 die Arbeitslosigkeit gestiegen, die allgemeine, die Frauen- und die Beschäftigungsquote von älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gefallen sein, dann müsste die Wirtschaft stagnieren und der Bundeshaushalt große Lücken aufweisen, dann müsste ein erheblicher Teil der Menschen nicht nur mit der eigenen sozialen Situation, sondern auch mit dem Zustand der Demokratie und der Arbeit der Bundesregierung unzufrieden sein.

Das soll im Folgenden näher geprüft werden.

2. WIRTSCHAFT, WACHSTUM UND ÖFFENTLICHE FINANZEN

Wirtschaftswachstum ist zwar kein Ziel an sich, sondern eher ein Mittel, gesellschaftlichen Wohlstand und materielle Sicherheit zu begünstigen oder zusätzliche Einnahmen zu erzielen, die zum Wohle des Gemeinwesens re-investiert oder umverteilt werden können. Dennoch sagen das Wirtschaftswachstum bzw. die jährlichen Veränderungen des Bruttoinlandsproduktes etwas über den „Gesundheitszustand“ einer Volkswirtschaft aus.

Wachstum verbessert aber nicht nur die Staatseinnahmen und schafft Investitions- und Verteilungsspielräume, es schlägt sich auch in der öffentlichen Haushaltsbilanz nieder, die seit der europäischen Schuldenkrise eine ganz neue Bedeutung gewonnen hat. So gaben z.B. im letzten Standard Eurobarometer 34 Prozent der Bundesbürger an, dass Staatsverschuldung zu den beiden wichtigsten politischen Problemen der Gegenwart zähle (s. EU-Kommission 2012)¹.

Trotz eines schweren Konjunktüreinbruchs im Zuge der Finanzmarktkrise von 2008/09 und anhaltend widriger Rahmenbedingungen, die vornehmlich durch die Euro-Schuldenkrise verursacht werden, ist die deutsche Wirtschaft seit 2006 pro Jahr im Schnitt um 1,56 Prozent gewachsen. In den westlichen EU-Nachbarländern betrug das durchschnittliche Wirtschaftswachstum im selben Zeitraum nur 0,7 Prozent (Eurostat 2013). Einige Länder, wie z.B. Spanien oder Frankreich, kämpfen mit Stillstand oder gar Rezession. Anders als Deutschland haben sie an Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt und leiden an steigender Arbeitslosigkeit und wachsender Verschuldung. Dagegen hat Deutschland die mit Wachstum und anhaltender Arbeitsmarktdynamik seit 2006 (s. Abschnitt 3) verbundenen Einnahmen auch zur Sanierung des Bundeshaushalts verwendet. Während die meisten europäischen Nachbarländer unter einem erheblichen Defizit des Staatshaushaltes leiden, z.B. Frankreich mit 4,8 Prozent gegenüber dem BIP, und die Defizitquote in der Eurozone Ende 2012 bei 3,7 Prozent lag, konnte Deutschland sein Haushaltsdefizit mittlerweile komplett abbauen und sogar leicht ins Positive drehen. Ende 2012 wies der Bundeshaushalt gar einen Überschuss von 0,2 Prozentpunkten auf.

Aus dem einstigen Sorgenkind, das als eines der ersten Länder der Eurozone 2001 (und dann dauerhaft bis 2005) die einst als feste Wegmarke geltende Maastrichter Defizitgrenze überschritten hat, ist nicht nur ein Vorreiter an Haushaltsdisziplin geworden, Deutschland ist – gemeinsam mit den Niederlanden, Finnland, Luxemburg und Österreich – die tragende Säule Europas. „Das deutsche Modell mit seiner leistungsfähigen Industrie ist zum Vorbild geworden“ zitiert *Die Welt* aus einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft. (*Die Welt* vom 7. Mai 2013, S. 9). Während viele Nachbarn ihre industriellen Kerne zerschlagen und Wettbewerbsfähigkeit durch zu hohe Tarifabschlüsse verloren hätten, seien das verarbeitende Gewerbe und die Industrie noch immer Rückgrat der deutschen Wirtschaft, deren Konkurrenzfähigkeit und Produktivität auch durch Lohnzurückhaltung der vergangenen Jahre gestiegen sei, so die Studie.



Heute würden viele Länder „neidisch“ auf die Stärke der deutschen Industrie blicken. Und nicht nur das: Auch das duale Ausbildungssystem der Bundesrepublik gilt als ein wichtiger Grund für die vergleichsweise niedrige Jugendarbeitslosigkeit und wird mehr und mehr zum Vorbild bzw. zum „Verkaufsschlager“ (FAZ vom 8. November 2012).

Deutschland hat seit 2005/06 eine komplette Kehrtwende geschafft: vom „kranken Mann Europas“ zur Lokomotive und zum Stabilitätsanker der europäischen Wirtschaft.

3. BESCHÄFTIGUNGSENTWICKLUNG

Seit 2006 ist die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland um gut 2,5 Millionen gestiegen. Ende 2012 waren knapp 29 Millionen Menschen sozialversicherungspflichtig beschäftigt (Statistisches Bundesamt 2013). Das waren etwa 2,6 Millionen Menschen mehr als beim Regierungswechsel 2005. Die Arbeitslosenquote fiel entsprechend von ursprünglich hohen 10,3 Prozent auf 5,5 Prozent (ILO-Definition). Mit dieser Quote liegt Deutschland nach Österreich, Luxemburg und den Niederlanden auf Platz vier in der EU und noch sehr deutlich vor Ländern wie Dänemark und Schweden, die einst als Vollbeschäftigungs-„Wunder“ galten. Die Jugendarbeitslosigkeit, in vielen Nachbarländern eines der größten sozialen Probleme, ist zwischen 2006 und 2012 von 13,8 Prozent auf 8,1 Prozent gefallen. Und Langzeitarbeitslosigkeit, zu Beginn der 2000er Jahre noch die Geißel des heftig ins Straucheln gekommenen Arbeitsmarktes, hat rapide abgenommen. Wer in den vergangenen sechs bis sieben Jahren seinen Job verlor, fand wesentlich schneller einen neuen als vor gut zehn Jahren.

Entgegen dem europaweiten Trend nahm die Beschäftigungsquote in Deutschland in den zurückliegenden sieben Jahren um knapp 6 Prozent zu. Annähernd drei Viertel der erwerbsfähigen Menschen in Deutschland haben heute Arbeit. Die Frauenbeschäftigungsquote, die in Europa insgesamt schwach zunahm, stieg in Deutschland zwischen 2006 und 2012 deutlich auf knapp 68 Prozent. Und auch bei der Beschäftigung älterer Arbeitnehmer schneidet Deutschland überdurchschnittlich gut ab: Hat in der Eurozone nur knapp jede(r) Zweite über 55 Jahre Arbeit, sind es in Deutschland mehr als 60 Prozent. Mit einem derartigen Arbeitsmarktprofil liegt Deutschland gegenwärtig an der Spitze Europas. Selbst die sonst so erfolgreichen skandinavischen Länder können da nicht mithalten – hauptsächlich aufgrund hoher Jugendarbeitslosigkeit.

Deutschlands Arbeitsmarkt hat sich erholt. Hatte 2006 noch jeder Zehnte Erwerbsfähige keine Arbeit, sprechen Beobachter heute vom „deutschen Jobwunder“ (*Spiegel online*, 9. April 2013). Nach Einschätzung der Bundesagentur für Arbeit zeigt sich der Arbeitsmarkt „in einer guten Grundverfassung und entwickelt sich solide“ (BA 2013a: 6) – und dass trotz äußerst widriger Rahmenbedingungen. Auf die Finanzmarktkrise von 2008/09 folgte ein weltweiter Konjunkturerinbruch, seitdem kämpft Europa mit der Euro-Schuldenkrise, die nicht nur gewaltige Ressourcen bindet und den Spielraum für belebende Maßnahmen stark einengt, sie ist auch eine der Ursachen für die dramatische Lage auf den Arbeitsmärkten der Nachbarländer (siehe Tabelle 1, Seite 5).

Dass Deutschlands Arbeitsmarkt heute weitgehend intakt ist und so viele Menschen Arbeit haben wie nie zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik, ist natürlich nicht das alleinige Verdienst der jetzigen Bundesregierung. Eine Reihe von Faktoren spielt eine Rolle. Die Tarifpartner haben mit hoher Konsensbereitschaft, z.B. bei den Regelungen zur Kurzarbeit während des Krisenjahres 2009/10, und maßvoller Lohnpolitik zur Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit der Beschäftigten in Deutschland und damit zu Arbeitsplatzwachstum beigetragen. Arbeitgeber haben Arbeitsplätze geschaffen und zahlreiche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stellen ein hohes Maß an Anpassungsbereitschaft unter Beweis. Und natürlich profitiert der deutsche Arbeitsmarkt von der Agenda 2010. Sie hat den deutschen Arbeitsmarkt flexibler gemacht und vor allem auch die Beschäftigungsdynamik im einstigen Problembereich des Arbeitsmarktes, dem Niedrigqualifikations- und -lohnsektor, erhöht. Nach jüngsten Berechnungen von Arbeitsmarktforschern sind die Hartz-Reformen zu etwa 50 Prozent für die positive Beschäftigungsentwicklung der vergangenen Jahre verantwortlich (*Spiegel online* vom 9. April 2013).

Die Anhebung des Rentenalters auf 67 Jahre führte zudem zu einer Stabilisierung der Rentenbeiträge. Die Unternehmenssteuerreform setzte positive Anreize für den Arbeitsmarkt und die Schuldenbremse zwingt Bund und Länder, künftig ohne neue Schulden auszukommen. Nach zahlreichen Projekten wie „JobAQTIV-Gesetz“, „Job-Floater“, „Personal-Service-Agenturen“ oder „Ich-AG’s“ während der Zeiten hoher Arbeitslosigkeit beschränkt sich die Politik nunmehr ordnungspolitisch auf die Schaffung günstiger Rahmenbedingungen und überlässt den Rest den Tarifpartnern.



Tabelle 1: Arbeitslosen- und Beschäftigungsquoten in Deutschland und Europa

| | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | Δ |
|----------|------|------|------|------|------|------|------|-------|
| ALQ* | | | | | | | | |
| ILO | 10,3 | 8,7 | 7,5 | 7,8 | 7,1 | 5,9 | 5,5 | -4,8 |
| BA | 12 | 10,1 | 8,7 | 9,1 | 8,6 | 7,9 | 7,6 | -4,4 |
| EU 15 | 7,8 | 7,1 | 7,2 | 9,2 | 9,6 | 9,7 | 10,6 | +2,8 |
| JALQ | 13,8 | 11,9 | 10,6 | 11,2 | 9,9 | 8,6 | 8,1 | -5,7 |
| EU 15 | 16,2 | 15,2 | 15,7 | 19,9 | 20,4 | 20,7 | 22,3 | +6,1 |
| LALQ | 56,4 | 56,6 | 52,5 | 45,5 | 47,3 | 48 | 45,5 | -10,9 |
| Eurozone | 46,2 | 44,3 | 39,3 | 35,7 | 42,5 | 45,2 | 46,5 | +0,3 |
| BQ | 67,1 | 68,9 | 70,1 | 70,3 | 71,1 | 72,5 | 72,8 | +5,7 |
| Eurozone | 64,5 | 65,5 | 65,8 | 64,5 | 64,1 | 64,2 | 63,8 | -0,7 |
| FBQ | 61,4 | 63,1 | 64,3 | 65,1 | 66,1 | 67,7 | 67,9 | +6,5 |
| Eurozone | 56,6 | 57,7 | 58,4 | 58 | 57,9 | 58,2 | 58,1 | +1,5 |
| BQ55+ | 48,1 | 51,3 | 53,7 | 56 | 57,6 | 59,8 | 61,4 | +13,3 |
| Eurozone | 41,6 | 43,1 | 44,2 | 45,1 | 45,7 | 47,1 | 48,6 | +7 |

ALQ: Arbeitslosenquote

JALQ: Jugendarbeitslosenquote (15-24 Jahre)

LALQ: Langzeitarbeitslosigkeit (Arbeitslosigkeit länger als ein Jahr), in Prozent aller Arbeitslosen

BQ: Beschäftigungsquote

FBQ: Frauenbeschäftigungsquote

BQ55+: Beschäftigungsquote von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern über 55 Jahre.

* Eurostat stellt die Arbeitslosenquote auf der Grundlage der von der Internationalen Arbeitsorganisation ILO verwendeten Definition dar; die deutschen Daten basieren auf der (strengeren) Definition der Bundesagentur für Arbeit nach dem SGB III. Danach gelten Personen bis 65 Jahre als arbeitslos, wenn sie (i) vorübergehend nicht in einem Beschäftigungsverhältnis stehen oder weniger als 15 Stunden pro Woche gegen Lohn arbeiten, (ii) eine versicherungspflichtige Beschäftigung suchen, (iii) sich bei der Agentur für Arbeit arbeitslos gemeldet haben, (iv) sich bemühen, ihre Beschäftigungslosigkeit zu beenden und (v) den Vermittlungsbemühungen der Agentur für Arbeit zur Verfügung stehen (§§ 16 und 119 SGB III). Nach den ILO-Konzept gelten Personen zwischen 15 und 74 Jahren als arbeitslos, wenn sie (i) in der Woche der Befragung weniger als eine Stunde pro Woche gegen Entgelt gearbeitet haben, (ii) in den vier Wochen vor der Befragung aktiv nach einer bezahlten Tätigkeit gesucht haben und (iii) innerhalb von zwei Wochen eine bezahlte Arbeit aufnehmen könnten.

Quellen: Statistisches Bundesamt (2013); Bundesagentur für Arbeit (2013); Eurostat (2013); OECD (2013).

4. SOZIALE LAGE

Über kaum ein Thema wird so verbissen debattiert wie über die angeblich zunehmende Armut in Deutschland. Behauptungen von wachsender Armut und sozialer Spaltung der Gesellschaft prägen viele öffentliche und mediale Diskurse.

Dabei herrscht alles andere als Konsens darüber, was Armut eigentlich bedeutet. Die meisten Statistiken, z.B. die der EU-Kommission, messen relative Armut. Danach ist arm, wer weniger hat als seine Mitmenschen, unabhängig davon, wie hoch der Wohlstand in einem Land ist. Nach den EU-Kriterien gilt als „streng arm“, wer über weniger als 40 Prozent des mittleren Einkommens verfügt und als „arm“, wer weniger als 50 Prozent des mittleren Einkommens hat, wobei für die Messung egal ist, ob das Einkommen aus Lohn, Sozialtransfers oder sonstigen Quellen stammt. Als „armutsgefährdet“

gilt, wer über weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens einer Gesellschaft verfügt. Das heißt, in einer wohlhabenden Gesellschaft wie der Bundesrepublik kann man sehr viel schneller als „von Armut bedroht“ gelten als in einer weniger wohlhabenden; genauer ab Einkommen für Alleinstehende unter 952 EUR.

Die Armutsgefährdungsquote ist die, die üblicherweise Eingang in die Medienberichterstattung findet und von der Politik nicht selten instrumentalisiert wird: „... [I]n den meisten Pressemeldungen wird aus dem sperrigen Wort ‚armutsgefährdet‘ einfach ‚arm‘“ (Rudzio 2012). Aber selbst nach diesem höchst umstrittenen und recht großzügigen Verfahren bleiben die Aussagen über angeblich wachsende Armut und vermeintlich zunehmende soziale Spaltung ohne sachliche Grundlage, denn: die Armutsgefährdungsquote, also der Anteil der Menschen, die von der 60-Prozent-Armut bedroht



sind, wächst seit genau sieben Jahren nicht mehr. Auch die Einkommensungleichheit nimmt ab – und zwar seit 2007 (Grabka u.a. 2012; IW 2013, *Spiegel online* vom 27. März 2013). Die Jahre, in denen Armutsgefährdung und die Einkommensungleichheit hingegen deutlich zunahm, waren die von 1999 bis 2004.

„Von wachsender Armut kann keine Rede sein“, so der bereits zitierte Kolja Rudzio in der *ZEIT* (*Die ZEIT* vom 19. Dezember 2012). Denn auch bei den Empfängern von Sozialtransfers ist der Trend rückläufig. Seit 2006 sank die Zahl der Hartz-IV-Empfänger um rund eine Million. Und nicht nur die Zahl der Hartz-IV-Empfänger ist rückläufig, auch die Zahl der so genannten „Aufstocker“, also Erwerbstätige, deren Lohn von den Arbeitsämtern bezuschusst wird, fällt seit 2010 (BA 2013b). Ein Teil davon hat wiederum dank der guten Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt Arbeit gefunden, von der man leben kann.

Eine Studie des Instituts der Deutschen Wirtschaft belegt, dass sich die Ungleichverteilung von Einkommen seit 2007 abgeschwächt hat (IW 2013). Der Grund dafür liegt vor

allem in der hohen Zahl der Beschäftigten und gestiegenen Arbeitseinkommen. Außerdem scheidet Deutschland auf anderen Gerechtigkeitsebenen gut ab. Vor allem in den Bereichen der Bedarfsgerechtigkeit sowie bei der Leistungs- und Generationengerechtigkeit konnten in den vergangenen Jahren deutliche Fortschritte erzielt werden.

Von einer „Gerechtigkeitslücke“ kann nicht die Rede sein. Nach Ansicht der *ZEIT* lassen die Daten nur einen Schluss zu: „Die Not wird nicht größer, sondern kleiner. Das ist die Bilanz der vergangenen Jahre“ (Rudzio 2012).

5. LEBENS- UND DEMOKRATIEZUFRIEDENHEIT

Teil der öffentlichen Debatten um den vermeintlich schlechten Zustand Deutschlands sind Behauptungen, dass Wähler von politischen Ohnmachtsgefühlen geprägt seien und nicht daran glauben würden, dass Politik wirklich etwas zum Besseren verändern kann. Spiegelt sich diese angebliche Hoffnungslosigkeit auch tatsächlich in der öffentlichen Meinung wider? Haben die Menschen Vertrauen in die Politik verloren?

Tabelle 2: Demokratie- und Lebenszufriedenheit*

| | 2006 | 2009 | 2012 | Δ |
|-------------------|------|------|------|-----|
| Leben | | | | |
| Deutschland | 82 | 85 | 89 | +7 |
| Europa | 81 | 78 | 76 | -5 |
| Demokratie | | | | |
| Deutschland | 55 | 68 | 70 | +15 |
| Europa | 56 | 53 | 49 | -7 |

* Bevölkerungsanteil, der mit dem Zustand der Demokratie im betreffenden Land und mit der eigenen Lebenssituation „zufrieden“ oder „sehr zufrieden“ ist.

Quellen: Europäische Kommission (2007, 2010, 2012).

Zumindest für Deutschland kann man das nicht sagen. Der Anteil der Menschen, die nicht nur mit ihrem Leben, sondern auch mit dem Zustand der Demokratie zufrieden oder gar sehr zufrieden ist, hat – ganz gegen den europäischen Trend – seit 2006 zugenommen. Annähernd neun von zehn Deutschen sind mit ihrem Leben im Grunde zufrieden, sieben von zehn meinen, dass die Demokratie im Großen und Ganzen gut funktioniert. Das sind 15 Prozent mehr als 2005 und liegt weit über dem gesamteuropäischen Durchschnitt.

Mit der Arbeit der Bundeskanzlerin ist die Mehrheit der Bundesbürger, zum Teil bis weit in die Anhängerschaft der SPD hinein, zufrieden. Im direkten Vergleich zu ihrem Herausforderer liegen zwischen beiden mehr als 30-Prozent-Punkte (ZDF-Politbarometer, April 2013). Knapp zwei Drittel der Deutschen wünschen sich eine dritte Amtszeit Angela Merkels. Peer Steinbrück als Bundeskanzler wollen dagegen nur 27 Prozent (*Süddeutsche Zeitung* vom 12. April 2012).



6. SCHLUSS

Zuspitzungen von Argumenten gehören zum Standardrepertoire der politischen Kommunikation, ganz besonders natürlich im Wahlkampf. Die öffentlich und medial weit verbreiteten düsteren Beschreibungen der Situation Deutschlands entbehren jedoch sachlicher Grundlagen. Deutschland hat weder ein massenhaftes Armutsproblem noch droht die soziale Spaltung und es grassieren nicht Hoffnungslosigkeit und weit verbreitete Abstiegsängste.

Niemand bestreitet, dass es in Deutschland soziale Härtefälle gibt, dass Menschen unverschuldet in Not geraten, dass sie trotz zahlreicher Bemühungen keine Arbeit mehr finden der sie trotz Arbeit Schwierigkeiten haben, ihre Familien zu versorgen. Aber Armut ist kein Massenphänomen. Wie man sie auch misst, sie nimmt seit Jahren ab. Die Rede von einer „massiven sozialen Spaltung des Landes“ wird durch die Daten der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen nicht bestätigt.

Deutschland geht es gut. Seit 2005 hat sich die Lage auf zentralen Politikfeldern verbessert. Trotz Finanzmarkt- und Eurokrise ist die deutsche Wirtschaft seit 2005 kontinuierlich und stärker gewachsen als die der Nachbarländer. Das Haushaltsdefizit wurde trotz Finanz- und Schuldenkrise und trotz milliardenschwerer Hilfspakete für in Not geratene Nachbarn

deutlich gesenkt – von 3,1 Prozent gegenüber dem BIP auf einen Überschuss von 0,2 Prozent.

Nicht nur die deutsche Wirtschaft ist intakt, auch auf dem Arbeitsmarkt ist die Lage so gut wie selten zuvor. Nirgendwo ist die Arbeitslosigkeit so stark gefallen wie in Deutschland. Die Jugendarbeitslosigkeit ging kontinuierlich auf den niedrigsten Stand aller EU-Länder zurück. Die Langzeitarbeitslosigkeit hat deutlich abgenommen. Die allgemeine Beschäftigungsquote stieg gegen den europäischen Trend bis Ende 2012 auf knapp 73 Prozent und die Frauenbeschäftigungsquote und die Beschäftigungsquote für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer kletterten auf 68 bzw. 61,4 Prozent. Wer in Europa auf der Suche nach einem gesunden Arbeitsmarkt ist, wird in Deutschland fündig. Nie war die Zahl der sozialversicherungspflichtig Erwerbstätigen höher als gegenwärtig. Die gesetzlichen Sozialversicherungssysteme erzielen Milliardenüberschüsse. Nie waren die Steuereinnahmen des Gesamtstaates höher. Die Bundesrepublik ist vom einstigen Sorgenkind zum Leuchtturm und Hoffnungsträger in Europa geworden.

Seit 2005 ist der Bevölkerungsanteil, der mit dem Funktionieren der Demokratie zufrieden ist, gegen den europäischen Trend gestiegen. Die überwiegende Mehrheit der Bundesbürger bewertet die allgemeine wirtschaftliche und ihre eigene Lebenslage positiv.

QUELLENVERZEICHNIS

- ARD-Deutschlandtrend (02.05.2013). „Deutsche wollen Schwarz-Gelb - im Fußball. ARD-DeutschlandTrend“, <http://www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend1726.html> (zuletzt besucht am 06.05.2013).
- Bundesagentur für Arbeit (2013a). Monatsbericht März 2013. Nürnberg.
- Bundesagentur für Arbeit (2013b). Analyse der Grundsicherung für Arbeitsuchende. <http://statistik.arbeits-agentur.de/Statischer-Content/Statistische-Analysen/Analytikereports/Zentrale-Analytikereports/Monatliche-Analytikereports/Generische-Publikationen/Analyse-Grundsicherung-Arbeitsuchende/Analyse-Grundsicherung-Arbeitsuchende-201301.pdf> (zuletzt besucht am 02.05.2013).
- Die Welt (07.05.2013). „Deutschland schiebt Europas Industrie an“, S. 9.
- EU-Kommission (2007). Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union. Standard Eurobarometer 65.
- EU-Kommission (2010). Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union. Standard Eurobarometer 72.
- EU-Kommission (2012). Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union. Standard Eurobarometer 78.
- Eurostat (2013). BIP und Hauptkomponenten – Volumen. <http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do#> (zuletzt besucht am 30.04.2013).
- FAZ (08.11.2012). „Deutsche Ausbildung als Vorbild für Italien“, <http://www.faz.net/aktuell/beruf-chance/duales-system-deutsche-ausbildung-als-vorbild-fuer-italien-11951913.html> ((zuletzt besucht am 08.05.2013).
- Grabka, Markus M. u.a. (2012). „Höhepunkt der Einkommensungleichheit in Deutschland überschritten?“, in: DIW Wochenbericht 43/2012, S. 3-15.



- *Institut der deutschen Wirtschaft (2013). Internationaler Gerechtigkeitsmonitor 2013. Ein Vergleich von 28 Ländern für die Jahre 2000 bis 2012 über sechs Gerechtigkeitsdimensionen. Köln: Institut der Deutschen Wirtschaft.*
 - *Rudzio, Kolja (2012). „Armut“, in: Die Zeit vom 19.12.2012 (Zeit online 27.12.2012). <http://www.zeit.de/2012/52/Armut-Wahlkampf-SPD> (zuletzt besucht am 02.05.2013).*
 - *Spiegel online (27. März 2013). „Armutrisiko in Deutschland liegt unter EU-Schnitt“, <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/armut-und-einkommensverteilung-in-eu-deutschland-unter-durchschnitt-a-891218.html> (zuletzt besucht am 02.05.2013).*
 - *Spiegel online (09. April 2013). „Volkswirt aus Tokio will Hartz-Rätsel gelöst haben“, <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/hartz-reform-volkswirt-will-erfolg-bewiesen-haben-a-893186.html> (zuletzt besucht am 30.04.2013).*
 - *Statistisches Bundesamt (2013). Arbeitsmarkt/Erwerbstätigenrechnung. <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/Arbeitsmarkt/Erwerbstaetigkeit/Erwerbstaetigkeit.html> (zuletzt besucht am 30.04.2013).*
 - *Süddeutsche Zeitung (12.04.2013). „Steinbrück selbst bei sozialer Gerechtigkeit hinter Merkel“, <http://www.sueddeutsche.de/politik/2.220/neue-umfrage-steinbrueck-selbst-bei-sozialer-gerechtigkeit-hinter-merkel-1.1647355> (zuletzt besucht am 02.05.2013).*
 - *ZDF-Politbarometer (26.04. 2013). <http://politbarometer.zdf.de/> (zuletzt besucht am 02.05.2013).*
- 1| *Zum Vergleich: EU-weit sahen das nur 17 Prozent der Bevölkerung so. Nur in den Nettozahlerländern Österreich und Finnland sowie in den vom Staatsbankrott bedrohten Ländern Malta, Ungarn und Slowenien hielten zwischen 20 und 25 Prozent der Bevölkerung Staatsverschuldung für eines der größten Probleme (EU-Kommission 2012, Annex T20).*